

## Schriftliche Fragen

mit den in der Woche vom 3. November 2014  
eingegangenen Antworten der Bundesregierung

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26	Dr. Lindner, Tobias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19
Groth, Annette (DIE LINKE.)	1, 2, 6, 17	Poß, Joachim (SPD)	12, 13, 14
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3	Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	18	Schulz-Asche, Kordula (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7
Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4	Dr. Sitte, Petra (DIE LINKE.)	9, 10
Koenigs, Tom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	27	Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.)	20
Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 23	Dr. Troost, Axel (DIE LINKE.)	15
Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24, 25	Wöllert, Birgit (DIE LINKE.)	21, 22
Lemke, Steffi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28		

## Verzeichnis der Fragen nach Geschäftsbereichen der Bundesregierung

<i>Seite</i>	<i>Seite</i>
<p><b>Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes</b></p> <p>Groth, Annette (DIE LINKE.) Unterbindung des Verkaufs von durch den Islamischen Staat geraubten Kunstschätzen in Deutschland ..... 1</p>	<p><b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern</b></p> <p>Koenigs, Tom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Personalstellen und Sachmittel für die Nationale Kontaktstelle zur Integration der Roma ..... 5</p> <p>Dr. Sitte, Petra (DIE LINKE.) Erarbeitung von Gesetz- und Verordnungsentwürfen unter Mithilfe von Externen seit der 17. Wahlperiode und gezahltes Gesamthonorar ..... 6</p>
<p><b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie</b></p> <p>Groth, Annette (DIE LINKE.) Einsatz deutscher Rüstungsgüter durch die israelische Armee im Gazakrieg im Jahr 2014 ..... 2</p> <p>Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Negativ-Listen-Ansatz bei der Dienstleistungsliberalisierung im Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) ..... 2</p> <p>Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Zeitpunkt der Genehmigung des Verkaufs von Kriegsschiffen an Israel ..... 3</p> <p>Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Widerspruch zwischen den §§ 20 und 25 in der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes im Jahr 2014 bezüglich der anteiligen Direktvermarktung ..... 3</p>	<p><b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz</b></p> <p>Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Straftatbestand Edward Snowdens in den USA ..... 9</p>
<p><b>Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes</b></p> <p>Groth, Annette (DIE LINKE.) Ausgebliebene konsularische Rechtshilfe für den in Manama mit einem Ausreiseverbot belegten deutschen Staatsbürger Jürgen Ziebell ..... 4</p> <p>Schulz-Asche, Kordula (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Anzahl des erforderlichen Personals zur Inbetriebnahme von zwei Krankenstationen des Deutschen Roten Kreuzes e. V. in Westafrika zur Eindämmung der Ebola-Epidemie ..... 5</p>	<p><b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen</b></p> <p>Poß, Joachim (SPD) Auswirkungen auf Steuerzahler und Wirtschaft durch die Einführung eines eigenen Besteuerungsrechts der Bundesländer .... 10</p> <p>Unterschiedliche Steuersätze bei der Erbschaftsteuer ..... 11</p> <p>Dr. Troost, Axel (DIE LINKE.) Reduzierter Beitragssatz für Kreditinstitute infolge einer Übergangsregelung bei der europäischen Bankenabgabe ..... 11</p>

	<i>Seite</i>		<i>Seite</i>
<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales</b>		<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur</b>	
Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Einnahmen und Ausgaben der Arbeitslo- senversicherung seit dem Jahr 2012 bezo- gen auf Selbständige und befristet Be- schäftigte . . . . .	12	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Verkündung des Eröffnungstermins für den Flughafen Berlin Brandenburg und Zahlung weiterer finanzieller Tranchen . . .	16
<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung</b>		Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bearbeitung und Abzeichnung des Antrags vom DEKRA e. V. und VdTÜV zur Erhöhung der Gebühren für Maßnah- men im Straßenverkehr . . . . .	17
Groth, Annette (DIE LINKE.) Verkauf von Raketenschnellbooten nach Israel und Zusage einer Teilfinanzierung . .	13	Versendung von Anspruchsermittlungen für den Schallschutz der Start- und Lan- debahn Süd des Flughafens Berlin Bran- denburg an die Anwohner . . . . .	18
Hunko, Andrej (DIE LINKE.) Einsatz von Drohnen der Bundeswehr und des französischen Militärs in der Uk- raine . . . . .	13	<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit</b>	
Dr. Lindner, Tobias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Minderleistungen des ersten an die Luft- waffe ausgelieferten Luftfahrzeuges A400M . . . . .	14	Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Anschaffung von gewerblich genutzten E-Bikes bzw. E-Lastenfahrrädern im Rah- men der KfW-Förderprodukte 240/241 . . .	18
Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.) Anzahl der Anrufe beim Beschwerdetele- fon der Bundeswehr bezüglich der Sonder- flugzone ED-R401 MVPA . . . . .	14	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Derzeitige und in Vorbereitung befindli- che Klagen von Atomkraftwerke betrei- benden Energieversorgungsunternehmen gegen Bund und Länder . . . . .	19
<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit</b>		Lemke, Steffi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Planungsstand des sich im Aufbau befind- lichen Kompetenzzentrums Naturschutz und Energiewende . . . . .	26
Wöllert, Birgit (DIE LINKE.) Anzahl der Verträge zur hausarztzentrier- ten Versorgung mit einer bereits erfolgten Evaluation . . . . .	15		
Zielgröße zur Versorgung von Schmerz- patienten . . . . .	16		



**Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und  
des Bundeskanzleramtes**

1. Abgeordnete **Annette Groth**  
(DIE LINKE.) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, auf den Kunstraub durch den Islamischen Staat (IS) im Nahen Osten schneller zu reagieren und zu verhindern, dass solche Kunstschatze auch nach Deutschland verkauft werden, als durch das Gesetz, das die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Monika Grütters, für das Jahr 2016 angekündigt hat ([www.deutschlandfunk.de/kunsthandel-kulturstaetten-im-nahen-osten-retten.691.de.html?dram:article\\_id=300923](http://www.deutschlandfunk.de/kunsthandel-kulturstaetten-im-nahen-osten-retten.691.de.html?dram:article_id=300923))?

**Antwort der Beauftragten der Bundesregierung  
für Kultur und Medien, Staatsministerin Monika Grütters,  
vom 29. Oktober 2014**

Die willkürliche Zerstörung und Plünderung von Kulturgütern durch den so genannten IS in Syrien und im Irak wird von der Bundesregierung auf das Schärfste verurteilt.

Um den illegalen Handel mit Kulturgut aus dem seit Jahren durch Bürgerkrieg erschütterten Land zu unterbinden, hat die Europäische Union durch die Verordnung (EU) Nr. 1332/2013 des Rates vom 13. Dezember 2013 die Ein- und Ausfuhr sowie den Handel mit Kulturgut aus Syrien verboten. Diese Verordnung ist EU-weit unmittelbar geltendes Recht. Sie kam in Brüssel auf Initiative der Bundesregierung zustande. Ein solch striktes Verbot gilt bereits seit dem Jahr 2003 auch für Kulturgut aus dem Irak nach Verordnung (EG) Nr. 1210/2003 des Rates vom 7. Juli 2003. Es geht auf eine Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (VN) zurück.

Schon jetzt sind daher die Ein- und Ausfuhr sowie der Handel mit Kulturgut aus Syrien und dem Irak in Deutschland und allen anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union verboten, egal ob es aus Raubgrabungen oder aus Museumsplünderungen stammt. Aus Mitteln des Auswärtigen Amtes finanziert die Bundesregierung seit dem Jahr 2013 das „Syria Heritage Project“ des Deutschen Archäologischen Instituts und des Museums für Islamische Kunst Berlin zur Erfassung und Digitalisierung der vorhandenen Daten zum syrischen Kulturerbe. Dieses Projekt wird auch im Jahr 2015 fortgesetzt und wird einen wichtigen Beitrag zum zukünftigen Aufbau eines syrischen Zentralregisters des kulturellen Erbes leisten.

Die von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Monika Grütters, angekündigte Neuregelung des Kulturgutschutzrechtes in Deutschland steht nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit den aktuellen Ereignissen im Nahen Osten. Sie soll, neben dem bereits geltenden EU-Recht zu Syrien und Irak, grundsätzliche Regelungen zur Ein- und Ausfuhr von Kulturgut nach Deutschland enthalten und somit helfen, gegen Raubgrabungen welt-

weit – also nicht nur in den aktuellen Krisenregionen im Nahen Osten – vorzugehen.

Wie im Bericht der Bundesregierung zum Kulturgutschutz aus dem Jahr 2013 dargestellt (Bundestagsdrucksache 17/13378) und vom Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD bekräftigt, soll das angekündigte Gesetz dreierlei bezwecken: Erstens, die bessere Umsetzung der UNESCO-Konvention (UNESCO – Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur) von 1970 zur Rückgabe von unrechtmäßig verbrachtem Kulturgut aus den derzeit 127 UNESCO-Vertragsstaaten. Zweitens, den Schutz von Kulturgut in Deutschland vor Abwanderung ins Ausland zu stärken. Und drittens, die neugefasste EU-Richtlinie 2014/60/EU vom 15. Mai 2014 zur Kulturgüterückgabe innerhalb der Europäischen Union in deutsches Recht umzusetzen. Für diese Umsetzung hat die Europäische Union den Mitgliedstaaten eine Frist von 18 Monaten, also bis Dezember 2015, gesetzt. Vor diesem Hintergrund liegt die geplante Novellierung mit einem Inkrafttreten des Gesetzes im Jahr 2016 im Zeitplan. Einzelheiten zur Novellierung können dem o. g. Bericht der Bundesregierung entnommen werden.

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie**

- |  |  |
|--|--|
| 2. Abgeordnete<br><b>Annette<br/>Groth</b><br>(DIE LINKE.) | Kann die Bundesregierung ausschließen, dass die israelische Armee im Gazakrieg im Jahr 2014 auch deutsche Waffen, Militärfahrzeuge, Schiffe und/oder Flugzeuge aus Deutschland gegen die Bevölkerung des Gazastreifens eingesetzt hat? |
|--|--|

#### **Antwort des Staatssekretärs Matthias Machnig vom 29. Oktober 2014**

Die Bundesregierung hat keine Erkenntnisse darüber, dass die israelische Armee im Gazakrieg im Jahr 2014 auch deutsche Waffen, Militärfahrzeuge, Schiffe und/oder Flugzeuge aus Deutschland gegen die Bevölkerung des Gazastreifens eingesetzt hat.

- |   |  |
|---|--|
| 3. Abgeordnete<br><b>Bärbel<br/>Höhn</b><br>(BÜNDNIS 90/<br>DIE GRÜNEN) | Wie bewertet die Bundesregierung den Negativ-Listen-Ansatz bei der Dienstleistungsliberalisierung im EU-Kanada-Abkommen (CETA) vor dem Hintergrund der rechtlichen Auseinandersetzung der Bundesregierung mit der Europäischen Kommission um die Finanzierung der Tierkörperbeseitigung, und welche weiteren Dienstleistungen, die momentan als kommunale Aufgabe im Rahmen der Daseins- |
|---|--|

vorsorge organisiert sind, könnten nach Abschluss des Abkommens der Liberalisierung preisgegeben werden?

**Antwort des Staatssekretärs Matthias Machnig  
vom 30. Oktober 2014**

Die Frage, ob z. B. die Finanzierung der Tierkörperbeseitigung innerhalb der Europäischen Union nach Unionsrecht als (ggf. unzulässige) Beihilfe einzustufen ist, wird durch das CETA nicht berührt. Das CETA enthält keine Vorgaben zu Beihilfen, die über das Unionsrecht hinausgehen. Ferner sind Beihilfen vom Anwendungsbereich des Dienstleistungskapitels ausgenommen. Dies ist im Abkommenstext selbst geregelt und gilt daher unabhängig davon, ob im CETA ein Negativ-Listen-Ansatz verwendet wird oder nicht. Bezüglich der Daseinsvorsorge enthält CETA keine Verpflichtungen zur Marktöffnung, die über diejenigen hinausgehen, die Deutschland im Allgemeinen Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS-Abkommen) der Welthandelsorganisation (WTO) übernommen hat und welches seit dem Jahr 1995 in Kraft ist.

- |  |   |
|--|---|
| 4. Abgeordnete<br><b>Katja<br/>Keul</b><br>(BÜNDNIS 90/<br>DIE GRÜNEN) | Wann hat die Bundesregierung eine Genehmigung für den Verkauf von Kriegsschiffen an Israel gemäß des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen erteilt, und wann wurde die Komplementärgenehmigung nach dem Außenwirtschaftsgesetz erteilt (vgl. SPIEGEL ONLINE vom 21. Oktober 2014)? |
|--|---|

**Antwort des Staatssekretärs Matthias Machnig  
vom 30. Oktober 2014**

Für das in der Meldung von „SPIEGEL ONLINE“ vom 21. Oktober 2014 genannte Rüstungsgeschäft ist bislang weder eine kriegswaffenrechtliche noch eine außenwirtschaftsrechtliche Genehmigung erteilt worden.

- |  |  |
|--|--|
| 5. Abgeordneter<br><b>Oliver<br/>Krischer</b><br>(BÜNDNIS 90/<br>DIE GRÜNEN) | Seit wann ist der Bundesregierung der nach meiner Auffassung im Rahmen der EEG-Novelle 2014 (EEG – Erneuerbare-Energien-Gesetz) vorhandene Widerspruch zwischen den §§ 20 und 25 in Bezug auf die anteilige Direktvermarktung bekannt, und wie will sie diesen Widerspruch beheben (bitte unter Angabe des Zeithorizonts und der konkreten Maßnahmen)? |
|--|--|

**Antwort des Staatssekretärs Rainer Baake  
vom 28. Oktober 2014**

Der Sachverhalt ist seit dem Sommer 2014 bekannt. Nach Gesprächen mit Marktakteuren handelt es sich um ein sehr vereinzelt aufgetretenes Problem. Dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ist lediglich ein Fall namentlich bekannt.

Ein betroffener Anlagenbetreiber hat es selbst in der Hand, eine etwaige Vergütungsreduzierung zu vermeiden. Er kann weitere Zähler einbauen, so dass jede Anlage über eine eigene Messeinrichtung abgerechnet werden kann. Er kann aber auch weiterhin eine gemeinsame Messeinrichtung nutzen, wenn alle gemeinsam gemessenen Anlagen ihren Strom entweder einheitlich in der festen Einspeisevergütung veräußern oder einheitlich direkt vermarkten.

Die Bundesregierung wird hierzu bei der nächsten EEG-Novelle eine entsprechende Neuformulierung prüfen.

**Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

- |  |   |
|--|---|
| 6. Abgeordnete<br><b>Annette<br/>Groth</b><br>(DIE LINKE.) | Inwiefern betrachtet die Bundesregierung die Entscheidung der deutschen Botschaft in Manama, dem mit einem Ausreiseverbot belegten deutschen Staatsbürger und Geschäftsmann Jürgen Ziebell nicht die von ihm vor zwei Jahren beantragte umfassende konsularische Rechtshilfe zukommen zu lassen, angesichts der Tatsache, dass der ihm von den bahrainischen Behörden zugeteilte Rechtsanwalt in der Hauptsache bisher nichts für seinen Mandanten getan hat, inzwischen als Fehler ( <a href="http://www.taz.de/!135834/">www.taz.de/!135834/</a> )? |
|--|---|

**Antwort des Staatssekretärs Stephan Steinlein  
vom 28. Oktober 2014**

Das von Jürgen Ziebell angestrebte Eilverfahren gegen die Ausreisesperre ist nach Kenntnis des Auswärtigen Amts noch nicht abgeschlossen. Ein nächster Verhandlungstag ist für den 2. November 2014 anberaumt. Der von den bahrainischen Behörden zugeteilte Rechtsanwalt, Rashid A. R. Ebrahim, arbeitet seit mehr als zwei Jahren an dem Fall und hat im Lande einen ausgezeichneten Ruf.

An der Rechtslage, die zur Ablehnung des Antrags auf Konsularhilfe gemäß § 5 des Konsulargesetzes vom 23. Mai 2013 geführt hatte, hat sich nichts geändert.

Bei dem Hauptsacheverfahren handelt es sich um eine zivilrechtliche Streitigkeit, auf die das Auswärtige Amt keinen Einfluss nehmen kann.



7. Abgeordnete  
**Kordula Schulz-Asche**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie viel Personal (aus Deutschland entsandt sowie Ortskräfte) ist nach Auffassung der Bundesregierung notwendig, um die laut „Sachstand Ebola-Epidemie in Westafrika“ des Auswärtigen Amts vom 17. Oktober 2014 in Vorbereitung befindliche „DRK-Krankenstation/-haus in Monrovia (Liberia) und Kemena (Sierra Leone) ...; Kapazität ca. 250 Betten (+ 50 ‚BW-Betten‘ für LBR)“ dauerhaft in Betrieb zu halten, und wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Rekrutierung bzw. Ausbildung von Ortskräften geplant?

**Antwort des Staatssekretärs Stephan Steinlein  
vom 30. Oktober 2014**

Die Ebola-Epidemie stellt alle beteiligten Akteure vor enorme Herausforderungen. Aufgrund der dynamischen Entwicklungen vor Ort sind Veränderungen in der Konzeption und Planung zu jeder Zeit möglich. Nach aktuell vorliegenden Planungen des DRK (Deutsches Rotes Kreuz e. V.), werden die Bettenkapazitäten bei maximal 160 liegen (100 in Monrovia, 60 in Kemena). Die aktuelle Betriebszeit der Ebola-Behandlungszentren liegt bei neun Monaten. Der Betreuungsschlüssel Patient-Pflegepersonal beträgt 1:3, wodurch insgesamt 300 medizinische Fachkräfte die Versorgung in Monrovia und 180 die Versorgung in Kemena sicherstellen sollen. In Monrovia werden 30 internationale Fachkräfte eingesetzt und in Kemena 18.

Die Rekrutierungen der lokalen Fachkräfte werden durch die jeweiligen Rotkreuzorganisationen vor Ort durchgeführt. In enger Absprache mit den entsprechenden Gesundheitsbehörden, werden die Ortskräfte in einer einwöchigen Schulung zu den relevanten Themenbereichen geschult. Nur durch diese Schulung erhalten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein Schulungszertifikat, welches ihnen erlaubt, tatsächlich in einem Ebola-Behandlungszentrum arbeiten zu dürfen.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

8. Abgeordneter  
**Tom Koenigs**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Personalstellen und Sachmittel stehen der Nationalen Kontaktstelle zur Integration der Roma beim Bundesministerium des Innern zur Verfügung, und welche Aufgaben übernimmt sie auf Basis dieser Mittel?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs  
Dr. Günter Krings  
vom 3. November 2014**

Im Jahr 2012 wurde auf Initiative der Europäischen Kommission ein Netz der Nationalen Kontaktstellen eingerichtet, um den Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten zu ermöglichen. Nationale Kontaktstelle für Deutschland ist das Bundesministerium des Innern. Die dort zuständige Organisationseinheit ist das Referat M II 4 (Nationale Minderheiten und Regionalsprachen in Deutschland; Europäische Minderheitenpolitik) mit einem Stellensoll von insgesamt 3,5 Mitarbeitern; gesonderte Haushaltsmittel sind für die Nationale Kontaktstelle nicht etatisiert.

Die nationale Kontaktstelle tauscht sich auf europäischer Ebene mit anderen Mitgliedstaaten aus, koordiniert die Erstellung der jährlich an die Europäische Union zu versendenden Fortschrittsberichte und ist Ansprechpartner für die Bundes- und Länderressorts in Angelegenheiten der Integration der Roma. Darüber hinaus steht sie in ständigem Dialog mit dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma und der Sinti Allianz Deutschland.

- |  |   |
|--|---|
| 9. Abgeordnete<br><b>Dr. Petra<br/>Sitte</b><br>(DIE LINKE.) | Wie viele Gesetz- und Verordnungsentwürfe der Bundesregierung oder anderer oberster Bundesbehörden sind in der 17. und 18. Wahlperiode unter Mithilfe von Externen (z. B. Großkanzleien) erarbeitet worden (bitte die letzten 28 Gesetz- oder Verordnungsentwürfe, an deren Erarbeitung Externe beteiligt waren, einzeln auflisten und Berater nennen)? |
|--|---|

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ole Schröder  
vom 30. Oktober 2014**

Insgesamt wurden in der 17. und 18. Wahlperiode zwölf Gesetz- und Verordnungsentwürfe der Bundesregierung oder anderer oberster Bundesbehörden unter Mithilfe von Externen erarbeitet. Die Einzelheiten sind in der nachstehenden Tabelle aufgeführt.

Ministerium / oberste Bundesbehörde	Anzahl der Gesetzes- bzw. Verordnungsentwürfe	Bezeichnung des Gesetzesentwurfs bzw. der Verordnung	Berater	Zeitpunkt der Beauftragung
Bundesministerium für Wirtschaft	1	Beratung des BMWi zu rechtlichen Einzelfragen, die sich bei der Erarbeitung eines Gesetzesentwurfs für ein Netzausbaubeschleunigungsgesetz und bei der Begleitung des zugehörigen parlamentarischen Gesetzgebungsverfahrens ergeben	GÖRG, Partnerschaft von Rechtsanwälten, Rechtsanwalt Dr. Christoph Riese, Berlin	12.04.2011
Auswärtiges Amt	1	Auslandsschulgesetz (ASchulG)	Prof. Wolf-Dieter Hascenclever	01.01.2013
Bundesministerium für Arbeit und Soziales	1	Verordnungsentwurf (Programmablaufplans zur maschinellen Berechnung des Kurzarbeitergeldes als Anlage zur Verordnung der pauschalierten Nettoentgelte für das Kurzarbeitergeld; § 182 Abs. 1 Nr. 1 SGB III)	UDF Consulting AG	2009 bis jetzt
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	1	Kurztutachten im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zum Familienpflegezeitgesetz zu den damit verbundenen sozialversicherungs- und arbeitsrechtlichen Fragen	Prof. Dr. Christian Rolfs	Oktober 2010
Bundesministerium für Umwelt, Bau, Naturschutz und Reaktorsicherheit	1	Standortauswahlgesetz	Prof. Burgi Prof. Hellermann	2012 / 2013

Ministerium / oberste Bundesbehörde	Anzahl der Gesetzes- bzw. Verordnungsentwürfe	Bezeichnung des Gesetzesentwurfs bzw. der Verordnung	Berater	Zeitpunkt der Beauftragung
Bundesministerium für Umwelt, Bau, Naturschutz und Reaktorsicherheit	1	Vorbereitung der gesetzlichen Umsetzung des Haftungsannex (Anhang VI zum Antarktis-Umweltschutzprotokoll)	Prof. Dr. Silja Vöneky	Mai 2013
Bundesministerium für Umwelt, Bau, Naturschutz und Reaktorsicherheit	4	Energie- und StromStG / Beihilfeleitlinie Strompreiskompensation / Emissionshandelsverordnung 2020 / KSpG	Ecologic Institut gemeinnützige GmbH	2011-2013
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	1	Gesetz zur Verleihung der Rechtsfähigkeit an den Rat des Anpassungsfonds vom 08.02.2011	Dr. Ralph Bodle / ecologic	07/2009

10. Abgeordnete **Dr. Petra Sitte**  
(DIE LINKE.)      Wie viel Honorar wurde für die Mithilfe von Externen insgesamt an diese gezahlt?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ole Schröder vom 30. Oktober 2014**

Es wurden Honorare in Höhe von insgesamt 322 969,48 Euro gezahlt. Hinsichtlich der Beauftragung der Ecologic Institut gemeinnützige GmbH durch das Bundesministerium für Umwelt, Bau, Naturschutz und Reaktorsicherheit kann die Höhe der Auftragssumme im Einzelnen nicht beziffert werden (vgl. Bundestagsdrucksache 17/8538, S. 13 f.) und ist daher in diese Zahl nicht eingerechnet.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz**

11. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)      Welche Straftaten und anzuwendende Strafvorschriften nach US-Recht, die Edward Snowden vorgeworfen werden (bitte Sachverhalte und US-Strafgesetz nennen), ergeben sich aus der Antwort der Regierung der USA vom September 2014 auf die Frage in der Verbalnote der Bundesregierung vom April 2014 (so Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 20 auf Bundestagsdrucksache 18/2930), und was hat die inzwischen vierwöchige Prüfung der Bundesregierung hinsichtlich der Frage, ob es sich bei den vorgeworfenen um politische Straftaten handelt oder um Straftaten im Zusammenhang mit politischen Straftaten, wegen denen eine Auslieferung nicht stattfindet, ergeben?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Christian Lange vom 31. Oktober 2014**

Die Bundesregierung prüft auf der Grundlage des von der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika übermittelten Antwortschreibens, ob die Voraussetzungen für eine vorläufige Festnahme von Edward Snowden im Fall seiner Anwesenheit in Deutschland vorliegen würden.

Zum Inhalt des Schreibens nimmt die Bundesregierung angesichts des noch laufenden Verfahrens keine Stellung.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

12. Abgeordneter  
**Joachim Poß**  
(SPD)
- Welche Änderungen würden auf die Steuerzahler bei Einführung eines eigenen Besteuerungsrechts der Länder, z. B. in Form von Zu- und Abschlägen zur Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer zukommen, und welche Wirkungen hätte eine solche Maßnahme als ein Element eines steuerlichen Anreiz- und Wettbewerbs für die politischen Entscheidungsträger und für die Steuerzahler?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs  
Dr. Michael Meister  
vom 31. Oktober 2014**

Ein Hebesatzrecht der Länder, z. B. in Form von Zu- und Abschlägen zur Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer, würde in begrenztem Umfang unterschiedlich hohe Steuerzahlungen in Abhängigkeit des anzuwendenden Landesrechtes bedeuten. Grundsätzlich ist eine größere Steuerautonomie der Gebietskörperschaften geeignet, unterschiedlichen regionalen und lokalen Gegebenheiten Rechnung zu tragen und Verantwortlichkeiten für finanzpolitische Entscheidungen für die Wähler klarer erkennbar zu machen. Ob und unter welchen Bedingungen eine Stärkung der Steuerautonomie erreicht werden kann, ist derzeit Gegenstand der laufenden Verhandlungen zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen.

13. Abgeordneter  
**Joachim Poß**  
(SPD)
- Könnte die Einführung unterschiedlicher Steuerzuschläge und -abschläge in den Ländern zu einer weiteren Komplizierung des deutschen Steuerrechts führen, das die privaten Steuerzahler und die Wirtschaft, insbesondere bei zentralen Lohnabrechnungsstellen, belastet?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs  
Dr. Michael Meister  
vom 31. Oktober 2014**

Die Auswirkungen auf das Steuerrecht im Allgemeinen sowie Steuerzahler und Wirtschaft im Besonderen hängen wesentlich von der Ausgestaltung und Umsetzung ab. In jedem Fall ist eine effiziente und effektive Administrierbarkeit für Verwaltung und Steuerpflichtige zu gewährleisten.

14. Abgeordneter  
**Joachim Poß**  
(SPD) Sind unterschiedliche Steuersätze bei der Erbschaftsteuer möglich, ohne dass Doppelbesteuerungsabkommen zwischen den Ländern abgeschlossen würden müssten?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs  
Dr. Michael Meister  
vom 31. Oktober 2014**

Solange es bundeseinheitliche Besteuerungsregelungen gibt und den Ländern lediglich die Bestimmung des Steuertarifs der Erbschaft- und Schenkungsteuer überlassen wird, ist das Besteuerungsrecht eindeutig zugunsten eines Landes geregelt. Es liegt z. B. im Erbfall beim Wohnsitzland des Erblassers. Doppelbesteuerungen können daher nicht auftreten.

15. Abgeordneter  
**Dr. Axel Troost**  
(DIE LINKE.) Plant die Bundesregierung, bei der europäischen Bankenabgabe von der Übergangsregelung Gebrauch zu machen, wonach die Banken mit einer Bilanzsumme von maximal 3 Mrd. Euro auf die ersten 300 Mio. Euro Bemessungsgrundlage nur einen reduzierten Beitragsatz von 50 000 Euro zahlen müssen, und wie verändern sich die Beitragslasten der deutschen Bankengruppen (bzw. einer durchschnittlichen Sparkasse, wenn diese Zahlen nicht verfügbar sind), wenn von dieser Sonderregelung Gebrauch gemacht würde?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs  
Dr. Michael Meister  
vom 29. Oktober 2014**

Der delegierte Rechtsakt sieht ein Wahlrecht für die Mitgliedstaaten vor, die Schwellenwerte für die Pauschalbeiträge für kleine Banken zu erhöhen, um auch mittlere Banken zu entlasten. Demzufolge zahlen Banken mit einer Bilanzsumme von bis zu 3 Mrd. Euro einen Pauschalbetrag von 50 000 Euro auf die ersten 300 Mio. Euro Bemessungsgrundlage. Die Bundesregierung plant, dieses Wahlrecht zu nutzen. Nach ersten Schätzungen würden davon rund 300 Sparkassen und damit der überwiegende Teil der Sparkassen in Deutschland profitieren. Eine genaue Angabe zur Höhe der Entlastung ist abhängig von den individuellen Beiträgen inklusive Risikoadjustierung. Für diese Schätzungen sind jedoch Mikrodaten aller Institute sowie Einschätzungen der Abwicklungsbehörde zu bestimmten Risikofaktoren notwendig, die noch nicht vorhanden sind. Bei einer groben Schätzung auf Basis der Bemessungsgrundlage und ohne Risikofaktor beträgt die Entlastung eines durchschnittlichen Instituts innerhalb der relevanten Schwellenwerte (d. h. mit einer Bemessungsgrundlage von mehr als 300 Mio. Euro und einer Bilanzsumme von weniger als 3 Mrd. Euro) rund 30 000 bis 40 000 Euro. Diese Zahl stellt aber lediglich eine grobe Schätzung dar und berücksichtigt nicht die Risikoadjustierung. Genaue Angaben zur Veränderung der Beitragslast

in Bezug auf spezifische Institute wie Sparkassen oder andere Bankengruppen sind nicht verfügbar.

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales**

16. Abgeordnete  
**Brigitte Pothmer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch waren jeweils die Einnahmen und Ausgaben der Arbeitslosenversicherung seit dem Jahr 2012 (Angaben bitte halbjahresbezogen) aufgrund der jeweiligen Beiträge, die von Selbständigen für die Versicherung nach § 28a des Dritten Buches Sozialgesetzbuch (SGB III) bzw. von kurz befristet Beschäftigten nach § 142 Absatz 2 SGB III eingezahlt bzw. an diese ausgezahlt wurden, und wie viele Personen zahlen jährlich in die Arbeitslosenversicherung ein (bitte insgesamt und für die §§ 28a und 142 Absatz 2 SGB III gesondert angeben), ohne dass sie Ansprüche erwerben, etwa weil sie die nötigen Anwartschaftszeiten nicht erreichen?

### **Antwort des Staatssekretärs Thorben Albrecht vom 31. Oktober 2014**

Nach den Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) liegen zu den Beitragseinnahmen von Selbständigen in einem Versicherungspflichtverhältnis auf Antrag nach § 28a des Dritten Buches Sozialgesetzbuch (SGB III) seit dem Jahr 2012 folgende Daten vor:

<b>Zeitraum</b> (Stichtag Ende des Halbjahres)	<b>Beitragseinnahmen</b> (gerundet in Mio. EUR)
1. Halbjahr 2012	61,10 <sup>1</sup>
2. Halbjahr 2012	48,58
1. Halbjahr 2013	53,51
2. Halbjahr 2013	45,46
1. Halbjahr 2014	47,66

<sup>1</sup> Aufgrund der Einführung eines neuen IT-Verfahrens im Jahr 2011 konnten Zahlungen für das Jahr 2011 teilweise erst im Jahr 2012 erfasst werden.

Über die Höhe der Beitragseinnahmen von kurz befristet Beschäftigten im Sinne der Regelung des § 142 Absatz 2 SGB III liegen der BA keine Daten vor.

Zur Höhe der Ausgaben der Arbeitslosenversicherung für einzelne Personengruppen liegen der BA keine Daten vor.

Zur Zahl der Personen, die Beiträge in die Arbeitslosenversicherung zahlen, aber keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld erwerben, weil



die Anwartschaftszeit (Mindestversicherungszeit) nicht erfüllt wird, liegen der BA keine Daten vor. Die Bundesregierung weist im Übrigen darauf hin, dass es sich nach dem Willen des Gesetzgebers und dem eindeutigen Gesetzeswortlaut (§ 340 SGB III) bei den Beitrags-einnahmen um Beiträge zur Arbeitsförderung handelt. Aus diesen Beiträgen werden neben dem Arbeitslosengeld auch die weiteren Leistungen der Arbeitsförderung (zum Beispiel Vermittlung und Beratung) und sonstige Ausgaben der BA finanziert.

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

17. Abgeordnete  
**Annette  
Groth**  
(DIE LINKE.)
- Inwieweit trifft es zu, dass zwischen der Bundesregierung und der israelischen Regierung eine Einigung über den Verkauf von Raketen-schnellbooten nach Israel erzielt wurde und dass der israelischen Regierung dafür ein Zuschuss von rund 300 Mio. Euro aus deutschen Steuergeldern eingeräumt wird ([www.spiegel.de/politik/deutschland/kriegsschiffe-deutschland-gewahrt-israel-zuschuss-ueber-300-millionen-a-998406.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/kriegsschiffe-deutschland-gewahrt-israel-zuschuss-ueber-300-millionen-a-998406.html))?

### **Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Markus Grübel vom 29. Oktober 2014**

Die Bundesregierung tauscht sich regelmäßig mit der israelischen Regierung zu außen- und sicherheitspolitischen Fragen aus. Dabei wird auch der Bereich der bilateralen Rüstungszusammenarbeit erörtert. Zu Einzelheiten derartiger vertraulicher Gespräche werden keine Angaben gemacht.

18. Abgeordneter  
**Andrej  
Hunko**  
(DIE LINKE.)
- Inwiefern hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung ein neuer Stand gegenüber der Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 37, Plenarprotokoll 18/56 und der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/2982 ergeben, von wo Drohnen der Bundeswehr und des französischen Militärs in der Ukraine gesteuert und geflogen werden (bitte hierfür Anzahl und Typ der Drohnen für die jeweiligen Standorte angeben), und unter welchem Hoheitszeichen diese operieren sollen (sofern immer noch keine finale Entscheidung für beide Fragen getroffen wurde, bitte darlegen, welche Vorschläge die Bundesregierung hierzu gegenüber den Regierungen der Ukraine und Frankreichs sowie der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) unterbreitet hat)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs****Dr. Ralf Brauksiepe****vom 3. November 2014**

Die Details eines möglichen Einsatzes sind noch nicht festgelegt worden. Die Rahmenbedingungen werden derzeit bei der OSZE in Wien verhandelt. Die Bundesregierung hat insofern noch keine Entscheidung getroffen.

- |  |   |
|--|---|
| 19. Abgeordneter<br><b>Dr. Tobias Lindner</b><br>(BÜNDNIS 90/<br>DIE GRÜNEN) | Mit welchen Minderleistungen wird das erste Luftfahrzeug A400M an die Luftwaffe ausgeliefert, und was sind die konkreten Ergebnisse der Verhandlungen der Bundesregierung mit Airbus bezüglich der Auslieferung des A400M mit Minderleistungen? |
|--|---|

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Markus Grübel****vom 6. November 2014**

Das Bundesministerium der Verteidigung hat die Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Markus Grübel vom 6. November 2014 als „VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH“ eingestuft. Die als VS-NfD eingestufte Antwort ist im Parlamentssekretariat des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort von Berechtigten eingesehen werden.

- |  |   |
|--|---|
| 20. Abgeordnete<br><b>Dr. Kirsten Tackmann</b><br>(DIE LINKE.) | Wie viele Anrufe sind beim Beschwerdetelefon der Bundeswehr bezüglich der Sonderflugzone ED-R 401 MVPA (Military Variable Profile Area) pro Monat seit Oktober 2013 eingegangen, und wie hat die Bundeswehr auf diese Beschwerden konkret reagiert? |
|--|---|

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs****Dr. Ralf Brauksiepe****vom 29. Oktober 2014**

Beim Bürgertelefon Militärischer Flugbetrieb im Luftfahrtamt der Bundeswehr gingen im Zeitraum von Oktober 2013 bis einschließlich September 2014 insgesamt 61 Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern gegen den militärischen Flugbetrieb im Übungsluftraum ED-R401 VPA-MVPA ein. Die Aufteilung der telefonischen Beschwerden auf die einzelnen Monate ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen:

Monat	Anzahl der Beschwerden
Oktober 2013	2
November 2013	4
Dezember 2013	2
Januar 2014	3
Februar 2014	13
März 2014	10
April 2014	4
Mai 2014	4
Juni 2014	1
Juli 2014	9
August 2014	9
September 2014	0

In allen Gesprächen konnten den Bürgerinnen und Bürgern ausreichende und transparente Hintergründe zum militärischen Übungsfugbetrieb dargelegt werden. Die stichprobenartigen oder die anlassbezogenen Überprüfungen des militärischen Flugbetriebs auf der Grundlage von Anfragen ergaben in der gesamten Region keinerlei Hinweise auf Verstöße gegen die flugbetrieblichen Regelungen.

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit**

21. Abgeordnete **Birgit Wöllert** (DIE LINKE.)      Wie hoch ist aktuell der Anteil der Verträge nach § 73b des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) zur hausarztzentrierten Versorgung, die bereits einer fundierten Evaluation unterzogen wurden, und wie lassen sich die Ergebnisse der Evaluation zusammenfassen?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin  
Annette Widmann-Mauz  
vom 3. November 2014**

Nach Kenntnis des Bundesministeriums für Gesundheit wurde bislang nur ein Vertrag über eine hausarztzentrierte Versorgung (HzV) in Baden-Württemberg einer fundierten Evaluation unterzogen. Eine gesetzliche Verpflichtung zur Evaluation von HzV-Verträgen besteht nicht. Die aktuelle Evaluation des HzV-Vertrages in Baden-Württemberg kommt zu dem Ergebnis, dass vor allem ältere und chronisch kranke Patientinnen und Patienten von einer hausarztzentrierten Versorgung profitieren. Die Ergebnisse der Evaluation sind im Übrigen unter [www.aok-gesundheitspartner.de/bw/arztundpraxis/hzv/daten\\_und\\_fakten/index.html](http://www.aok-gesundheitspartner.de/bw/arztundpraxis/hzv/daten_und_fakten/index.html) abrufbar.

22. Abgeordnete  
**Birgit Wöllert**  
(DIE LINKE.)
- Welche Zielgröße zur Versorgung von Schmerzpatientinnen und -patienten (Anzahl der Einwohner je Schmerzmedizinerin und -mediziner) hält die Bundesregierung für ausreichend, und welche Schritte unternimmt sie zur Erreichung dieses Versorgungsgrades?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin  
Annette Widmann-Mauz  
vom 3. November 2014**

Es ist Aufgabe des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA), im Rahmen der Bedarfsplanung die zu beplanenden Arztgruppen und die jeweiligen Planungsbereiche zu bestimmen sowie einheitliche Verhältniszahlen (Anzahl der Einwohner je Arzt) für die Ermittlung des allgemeinen bedarfsgerechten Versorgungsgrades in der vertragsärztlichen Versorgung festzulegen. Schmerztherapeutische Leistungen fallen in das Leistungsspektrum unterschiedlicher Arztgruppen. Nach den Festlegungen in der Bedarfsplanungs-Richtlinie (BPL-RL) des G-BA werden auf Schmerztherapie spezialisierte Ärztinnen und Ärzte daher nicht gesondert geplant, sondern beim Versorgungsbedarf der jeweiligen Arztgruppen berücksichtigt. Der G-BA hat in der BPL-RL zudem ausdrücklich geregelt, dass bei der Neubesetzung von Arztsitzen für Anästhesie insbesondere Bewerber Berücksichtigung finden sollen, deren Versorgungsschwerpunkte in Schmerztherapie oder Palliativmedizin liegen.

Die Sicherstellung der vertragsärztlichen Versorgung und damit auch der schmerztherapeutischen Versorgung obliegt den Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung. Die jeweilige KV hat entsprechend den Bedarfsplänen alle geeigneten finanziellen und sonstigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherstellung der vertragsärztlichen Versorgung zu gewährleisten, zu verbessern oder zu fördern (vgl. § 105 SGB V).

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur**

23. Abgeordneter  
**Oliver Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wann rechnet die Bundesregierung mit der Verkündung des Eröffnungstermins für den Flughafen Berlin Brandenburg (BER) durch Hartmut Mehdorn, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der erneut verschobenen Verkündung des Eröffnungstermins für die Zahlung weiterer finanzieller Tranchen (bitte aufschlüsseln, wann welche Tranche unter welcher Bedingung gezahlt wird)?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin  
Katherina Reiche  
vom 3. November 2014**

Der Bundesregierung liegen keine Informationen vor, wann die Geschäftsführung der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH (FBB) einen Termin zur Eröffnung des Flughafens Berlin Brandenburg (BER) nennen wird. Nach der Verschiebung der Inbetriebnahme des BER auf den 27. Oktober 2013 hatten die Gesellschafter beschlossen, die von der FBB bezifferten Mehrkosten in Höhe von 1,2 Mrd. Euro durch eine bedarfsgerechte Zuführung von Eigenkapital zu decken. Der Mitfinanzierungsanteil des Bundes an den Gesellschaftermitteln beläuft sich auf 26 Prozent bzw. 312 Mio. Euro. Die erneute Verschiebung der Inbetriebnahme auf unbestimmte Zeit führt zu weiteren Mehrkosten. Nach Angaben der Projektträgerin FBB kann die Höhe der Mehrkosten erst ermittelt werden nach Abschluss sämtlicher Bestandsaufnahmen, nach Ermittlung der erforderlichen weiteren Investitionen und nach Nennung eines neuen Inbetriebnahmetermins durch die FBB. Bis zu einer abschließenden Entscheidung der Gesellschafter zur Deckung des Mehrbedarfs erfolgen Zahlungen an die FBB bedarfsgerecht im Rahmen der beschlossenen Kapitalzuführung in Höhe von 1,2 Mrd. Euro. Derzeit liegen der Bundesregierung keine belastbaren Informationen darüber vor, wann, und in welcher Höhe weitere Tranchen in den Jahren 2014 und 2015 zur Auszahlung an die FBB anstehen.

- |  |   |
|--|---|
| 24. Abgeordneter<br><b>Stephan<br/>Kühn<br/>(Dresden)<br/>(BÜNDNIS 90/<br/>DIE GRÜNEN)</b> | Bis wann will die Bundesregierung den Antrag der DEKRA e. V. (Deutscher Kraftfahrzeug-Überwachungs-Verein) und des VdTÜV (Verband der Technischen Überwachungs-Vereine) vom 1. März 2012 zur Erhöhung der Gebühren für Maßnahmen im Straßenverkehr, der am 6. März 2013 auf der Sitzung des BLFA-TK (Bund-Länder-Fachausschuss Technisches Kraftfahrwesen) auch durch die Vertreter der Länder befürwortet wurde, abschließend bearbeiten und abzeichnen? |
|--|---|

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin  
Katherina Reiche  
vom 28. Oktober 2014**

Dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur liegt ein Antrag der Technischen Prüfstellen (DEKRA e. V. und VdTÜV) auf Erhöhung der Gebühren der Technischen Prüfstellen, die in der Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr festgelegt sind, vor. Dieser betrifft insbesondere die Durchführung der regelmäßig vorgesehenen Haupt- und Abgasuntersuchungen von Kraftfahrzeugen sowie die Abnahme der Fahrerlaubnisprüfungen. Der Antrag wird derzeit geprüft.

25. Abgeordneter  
**Stephan Kühn**  
**(Dresden)**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wurden alle Anspruchsermittlungen nach Kenntnis der Bundesregierung für den Schallschutz im Teilvollzugsgebiet Start- und Landebahn Süd des Flughafens BER an die Anwohner versendet, und wurden nach Kenntnis der Bundesregierung alle Vollzugshinweise (lüftungstechnische Nachbearbeitung) des Umsetzungskonzepts „Lüftung“ der Oberen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (LuBB) abgearbeitet?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin  
Katherina Reiche  
vom 30. Oktober 2014**

Die Umsetzung des Schallschutzprogramms des Flughafens BER liegt nicht in der Zuständigkeit der Bundesregierung, sondern bei dem Flughafenunternehmen selbst. Die Überwachung liegt beim Land Brandenburg.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,  
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

26. Abgeordneter  
**Matthias Gastel**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Ist im Rahmen der KfW-Förderprodukte 240/241 („KfW Umweltprogramm – Finanzierung von Umweltschutzmaßnahmen gewerblicher Unternehmen“), die laut Merkblatt unter anderem die „Anschaffung von gewerblich genutzten Fahrzeugen mit Elektroantrieb“ fördern, auch die Anschaffung von gewerblich genutzten E-Bikes bzw. E-Lastenfahrrädern förderungswürdig, und falls nein, warum nicht?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin  
Rita Schwarzelühr-Sutter  
vom 3. November 2014**

Die vormalige Kreditanstalt für Wiederaufbau (heute KfW) finanziert über das KfW-Umweltprogramm Maßnahmen gewerblicher Unternehmen, die zu einem verbesserten Umweltschutz führen. Im Rahmen dessen ist es auch möglich, die Anschaffung von E-Bikes bzw. E-Lastenfahrräder zur gewerblichen Nutzung zu finanzieren.

Prämisse ist, vor dem Hintergrund der Zielsetzung des Programms, dass durch den Erwerb ein positiver Umweltschutzeffekt erzielt wird.

27. Abgeordnete  
**Sylvia  
Kotting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Klagen von Atomkraftwerke (AKW) betreibenden Energieversorgungsunternehmen (EVU) sind nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit gegen Bund, Länder oder abstrakt anhängig (bitte Übersicht in Fortschreibung zu Bundestagsdrucksache 18/442), und welche weiteren Klagen von AKW betreibenden EVU sind nach Kenntnis der Bundesregierung seitens dieser EVU in Prüfung oder Vorbereitung?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin  
Rita Schwarzelühr-Sutter  
vom 31. Oktober 2014**

Nach Kenntnis der Bundesregierung ergibt sich folgende Übersicht hinsichtlich von Atomkraftwerke betreibender Energieversorgungsunternehmen:

1. Laufende Verfahren, an denen der Bund, vom Bund finanzierte Einrichtungen und bundeseigene Unternehmen beteiligt sind:

Verfahren / Gericht	Verfahrensgegenstand	Verfahrensparteien	Streitwert	Beginn des Verfahrens	Derzeitiger Verfahrensstand + weitere Schritte
Insgesamt neun Verfassungsbeschwerdverfahren	13. Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes	Energieversorgungsunternehmen	Kein Streitwert	Ende 2011 bis Mitte 2012	Übermittlung von drei der neun Verfassungsbeschwerden exemplarisch an die Bundesregierung mit Gelegenheit zur Stellungnahme; Stellungnahme durch Bundesregierung eingereicht am 28. Februar 2013; Zeitpunkt für mündliche Verhandlung und Entscheidung nicht prognostizierbar
Klage beim Internationalen Zentrum für die Beilegung von Investitionsschutzstreitigkeiten (ICSID)	13. Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes und Kernbrennstoffsteuergesetz	Energieversorgungsunternehmen vs. Bundesrepublik Deutschland	4,7 Mrd. Euro	Mai 2012	Bundesregierung hat Klageerwiderung am 22. August 2014 eingereicht; Gegenseite erstellt Replik; Verfahren läuft noch mehrere Jahre
abstrakte Normenkontrolle	11. Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes und 12. Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes	Abgeordnete von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen	Kein Streitwert	Februar 2011	Antrag auf abstrakte Normenkontrolle der Bundesregierung noch nicht übermittelt
Verfassungsbeschwerde	11. Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes und 12. Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes	natürliche Personen unterstützt durch Umweltschutzorganisation	Kein Streitwert	Februar 2011	Verfassungsbeschwerde der Bundesregierung noch nicht übermittelt
abstrakte Normenkontrolle	11. Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes	gemeinsamer Antrag durch die Bundesländer Berlin, Brandenburg, Bremen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen	Kein Streitwert	Februar 2011	Antrag auf abstrakte Normenkontrolle der Bundesregierung noch nicht übermittelt



Verfahren / Gericht	Verfahrensgegenstand	Verfahrensparteien	Streitwert	Beginn des Verfahrens	Derzeitiger Verfahrensstand + weitere Schritte
OVG Münster	Klage auf Zugang zu amtlichen Dokumenten im Zusammenhang mit dem 13. Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes nach dem Umweltinformationsgesetz	Energieversorgungsunternehmen vs. Bundesrepublik Deutschland vertreten durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	5000 Euro	26. September 2012	Berufungsverfahren
OVG Berlin-Brandenburg	Klage auf Zugang zu amtlichen Dokumenten nach dem Umweltinformationsgesetz	Energieversorgungsunternehmen vs. Bundesrepublik Deutschland vertreten durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	5000 Euro	25. Juni 2014	Berufungsverfahren
LG Essen	Anordnungen der einstweiligen Betriebseinstellung (Biblis A und B)	Energieversorgungsunternehmen vs. Land Hessen, Bundesrepublik Deutschland	ca. 235 Mio. Euro	15. September 2014	derzeit: Schriftsatztausch der Beteiligten
LG Hannover	Anordnungen der einstweiligen Betriebseinstellung (Isar I, Unterweser)	Energieversorgungsunternehmen vs. Freistaat Bayern, Bundesrepublik Deutschland sowie Energieversorgungsunternehmen vs. Land Niedersachsen, Bundesrepublik Deutschland	insgesamt ca. 386 Mio. Euro	1. Oktober 2014	derzeit: Schriftsatztausch der Beteiligten

Zu finanzgerichtlichen Verfahren hinsichtlich des Kernbrennstoffsteuergesetzes:

Die Nennung der Anhängigkeit konkreter gerichtlicher Verfahren impliziert, dass ein Steuerstreit existiert und deshalb eine Steuerschuld gegeben sein muss. Die Tatsache, dass hinsichtlich bestimmter Beteiligter eine Steuerschuld besteht, unterliegt dem strafbewehrten Steuergeheimnis des § 30 der Abgabenordnung und darf von der Bundesregierung deshalb nicht offenbart werden. Eckdaten der einzelnen Verfahren dürfen deshalb nur weitergegeben werden, wenn es hierbei um Verhältnisse der Verwaltung selbst geht oder wenn die Verhältnisse offenkundig sind.

Unter diesen Prämissen kann die Frage dahin gehend beantwortet werden, dass die auf Bundesseite prozessbeteiligten Behörden die Hauptzollämter Augsburg, Karlsruhe, Hamburg-Stadt, Hannover sowie Osnabrück sind; hierzu sind gerichtliche Verfahren bei den Finanzgerichten Baden-Württemberg, München und Hamburg anhängig.

Darüber hinaus ist im Zusammenhang mit dem Kernbrennstoffsteuergesetz ein konkretes Normenkontrollverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht anhängig, und dem Europäischen Gerichtshof ist ein Vorabentscheidungsersuchen zugeleitet worden.

## 2. Verfahren auf Landesebene:

### Bayern:

Verfahren	Verfahrensgegenstand	Verfahrensparteien	Streitwert	Beginn des Verfahrens	Derzeitiger Verfahrensstand + weitere Schritte
LG Hannover (siehe auch Verfahren mit Beteiligung des Bundes)	Anordnungen der einstweiligen Betriebseinstellung (Isar I, Unterweser)	Energieversorgungsunternehmen vs. Freistaat Bayern, Bundesrepublik Deutschland sowie Energieversorgungsunternehmen vs. Land Niedersachsen, Bundesrepublik Deutschland	insgesamt ca. 386 Mio. Euro	1. Oktober 2014	derzeit: Schriftsatztausch der Beteiligten
VGH München	Klage auf Feststellung des Nichtbestehens der Sorgepflicht nach § 9a Absatz 2a Atomgesetz	Energieversorgungsunternehmen vs. Freistaat Bayern			Klage wurde am 7. Oktober 2014 zuge stellt.

### Hessen:

Verfahren / Gericht	Verfahrensgegenstand	Verfahrensparteien	Streitwert	Beginn des Verfahrens	Derzeitiger Verfahrensstand + weitere Schritte
VG Wiesbaden	Klage auf Zugang zu amtlichen Dokumenten im Zusammenhang mit dem 13. Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes nach dem Umweltinformationsgesetz	Energieversorgungsunternehmen vs. Land Hessen vertreten durch das Hessische Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	5000 Euro	15. Oktober 2013	derzeit: Schriftsatztausch der Beteiligten

Verfahren / Gericht	Verfahrensgegenstand	Verfahrensparteien	Streitwert	Beginn des Verfahrens	Derzeitiger Verfahrensstand + weitere Schritte
LG Essen (siehe auch Verfahren mit Beteiligung des Bundes)	Anordnungen der einstweiligen Betriebseinstellung (Biblis A und B)	Energieversorgungsunternehmen vs. Land Hessen, Bundesrepublik Deutschland	ca. 235 Mio. Euro	25. August 2014	derzeit: Schriftsatztausch der Beteiligten
VGH Kassel	Sorgepflicht nach § 9a Abs. 2a Atomgesetz  Feststellung, dass Verpflichtung zur Unterbringung der aus der Wiederaufarbeitung zurückkehrenden Castoren in Standortzwischenlagern nicht besteht	Energieversorgungsunternehmen vs. Land Hessen	Vorläufiger Streitwert: 10 Mio. Euro		Klage wurde am 15. Oktober 2014 zugestellt.

**Niedersachsen:**

Verfahren / Gericht	Verfahrensgegenstand	Verfahrensparteien	Streitwert	Beginn des Verfahrens	Derzeitiger Verfahrensstand + weitere Schritte
OVG Lüneburg	Sorgepflicht nach § 9a Absatz 2a Atomgesetz  Feststellung, dass Verpflichtung zur Unterbringung der aus der Wiederaufarbeitung zurückkehrenden Castoren in Standortzwischenlagern nicht besteht	Energieversorgungsunternehmen vs. Land Niedersachsen			Klage wurde am 21. Oktober 2014 zugestellt.

Verfahren / Gericht	Verfahrensgegenstand	Verfahrensparteien	Streitwert	Beginn des Verfahrens	Derzeitiger Verfahrensstand + weitere Schritte
OVG Lüneburg	Sorgepflicht nach § 9a Absatz 2a Atomgesetz  Feststellung, dass Verpflichtung zur Unterbringung der aus der Wiederaufarbeitung zurückkehrenden Castoren in Standortzwischenlagern nicht besteht	Energieversorgungsunternehmen vs. Land Niedersachsen			Klage wurde am 9. Oktober 2014 zugestellt.
Landgericht Hannover (siehe auch Verfahren mit Beteiligung des Bundes)	Schadensersatz wegen Anordnung der dreimonatigen Betriebseinstellung für Kernkraftwerk Unterweser und Kernkraftwerk Unterweser I	Energieversorgungsunternehmen vs. Land Niedersachsen und Bund, bzw. Bayern und Bund, jeweils als Gesamtschuldner	ca. 386 Mio. Euro	1. Oktober 2014	Klage ist am 17. Oktober 2014 zugestellt; Mandat an BBH ist erteilt.  derzeit: Schriftsatztausch der Beteiligten

**Rheinland-Pfalz:**

Verfahren	Verfahrensgegenstand	Verfahrensparteien	Streitwert	Beginn des Verfahrens	Derzeitiger Verfahrensstand + weitere Schritte
VG Mainz	Klage auf Zugang zu amtlichen Dokumenten im Zusammenhang mit dem 13. Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes nach dem Landesumweltinformationsgesetz Rheinland-Pfalz	Energieversorgungsunternehmen vs. Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung des Landes Rheinland-Pfalz		17. August 2012	mündliche Verhandlung hat stattgefunden; im Nachgang Stellungnahme durch das Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung des Landes Rheinland-Pfalz; Stellungnahme durch Gegenpartei hierauf steht aus; weitere mündliche Verhandlung wird nicht erwartet; Entscheidung des Gerichts wahrscheinlich erst in 2015

Verfahren / Gericht	Verfahrensgegenstand	Verfahrensparteien	Streitwert	Beginn des Verfahrens	Derzeitiger Verfahrensstand + weitere Schritte
VG Mainz	Klage auf Zugang zu amtlichen Dokumenten im Zusammenhang mit dem 13. Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes nach dem Landesumweltinformationsgesetz Rheinland-Pfalz	Energieversorgungsunternehmen vs. Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und bei der Europäischen Union		14. August 2012	mündliche Verhandlung hat stattgefunden; im Nachgang Stellungnahme durch die Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und bei der Europäischen Union; Stellungnahme durch Gegenpartei hierauf steht aus; weitere mündliche Verhandlung wird nicht erwartet; Entscheidung des Gerichts wahrscheinlich erst in 2015

**Schleswig-Holstein:**

Verfahren / Gericht	Verfahrensgegenstand	Verfahrensparteien	Streitwert	Beginn des Verfahrens	Derzeitiger Verfahrensstand + weitere Schritte
VG Schleswig	Klage auf Zugang zu amtlichen Dokumenten nach Informationszugangsgesetz Schleswig-Holstein im Zusammenhang mit dem Atommoratorium und dem 13. Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes	juristische Person vs. Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein	5000 Euro	3. Mai 2013	zuletzt: Schriftsatztausch der Beteiligten
VG Schleswig	Klage gegen Kostenbescheid (Erdbebenbegutachtung)	juristische Person vs. Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein	3236,30 Euro	24. April 2013	zuletzt: Schriftsatztausch der Beteiligten



Verfahren / Gericht	Verfahrensgegenstand	Verfahrensparteien	Streitwert	Beginn des Verfahrens	Derzeitiger Verfahrensstand + weitere Schritte
OVG Schleswig (1. Instanz)	Anfechtung atomrechtlicher Auflagen	juristische Person vs. Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein	Festsetzung ausstehend	25. Januar 1999	Ruhen des Verfahrens durch VG angeordnet
OVG Schleswig (1. Instanz)	Feststellung des Nichtbestehens der Sorgspflicht nach § 9a Absatz 2a Atomgesetz	juristische Person vs. Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein	5000 Euro	15. Oktober 2014	Klagebegründung zugestellt am 15. Oktober 2014 mit der Bitte um Gegenäußerung bis zum 15. Dezember 2014

28. Abgeordnete  
**Steffi  
Lemke**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wie ist der derzeitige Planungsstand des sich im Aufbau befindenden Kompetenzzentrums Naturschutz und Energiewende, und was sind die nächsten Schritte beim Aufbau?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin  
Rita Schwarzelühr-Sutter  
vom 29. Oktober 2014**

Seit Mai 2014 arbeitet ein vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) gefördertes Aufbauteam daran, die Gründung des Kompetenzzentrums vorzubereiten. Das Aufbauteam ist beim Deutschen Naturschutzring (DNR), dem Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände, angesiedelt.

Im September 2014 hat das Aufbauteam mit einem Konsultationsprozess begonnen, um in mehreren Gesprächsrunden mit allen relevanten Akteuren einen Meinungsaustausch zu führen, u. a. mit: Naturschutzorganisationen, Organisationen im Bereich der erneuerbaren Energien, Behörden und staatlichen Einrichtungen, Forschung und Wissenschaft, Recht, Berufsvereinigungen und Flächenbesitzern.

Das Aufbauteam wird Mitte des Jahres 2015 dem BMUB einen Bericht vorlegen, der Vorschläge für die konkrete Ausgestaltung des Kompetenzzentrums Naturschutz und Energiewende enthält. Das BMUB wird auf dieser Basis in Abstimmung mit den betroffenen

Ressorts über die Ausgestaltung des Kompetenzzentrums entscheiden.

Die Gründung des Kompetenzzentrums ist für das Jahr 2015 vorgesehen.

Berlin, den 7. November 2014

